

Die aktuelle Buchbesprechung : hat die Arbeit noch eine Zukunft? [Benseler/Heinze/Klönner]

Autor(en): **Reese, Hartmut**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hat die Arbeit noch eine Zukunft?

Von Hartmut Reese, Paderborn

Als die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik die Millionengrenze überschritt, begann man auch allgemein zu begreifen, dass sich hier ein Problem anbahnte, das mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu beseitigen sein würde. Die aber nicht nur bundesdeutsche, sondern weltweit und mittlerweile schon lang anhaltende Rezession wurde zu einer Krise der Arbeitsgesellschaft überhaupt. Immer häufiger wurde gefragt, ob denn die Industriegesellschaften mit ihrer Organisation und Verteilung von Arbeit auf die Dauer noch genug Arbeit für alle haben könnten. Immer mehr aber entstanden auch Gruppen, die versuchten, dieser Arbeit den Rücken zu kehren, noch bevor sie von der Arbeitslosigkeit eingeholt werden konnten, während noch die Gewerkschaften als die traditionelle Vertretung der Arbeiterschaft mit ebenso traditionellen Mitteln versuchten, das weitere Umsichgreifen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Währenddessen stieg die Zahl der Arbeitslosen in der BRD auf jetzt über 2 Millionen an. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

Von daher scheint es geboten, nach Alternativen zu sehen. Der letzte deutsche Soziologentag in Bamberg formulierte das Ende der Arbeitsgesellschaft und warf ebenfalls die Frage nach Alternativen auf. Ralf Dahrendorf meinte, der Weg zurück zur Arbeitsgesellschaft und das konnte nur heißen zur sogenannten Vollbeschäftigung und vor allem auch zu der bisherigen Form der Arbeit — sei

verbaut, denn der Preis für die Arbeit sei zu hoch geworden. Alternativen müssten entwickelt werden, auch wenn es schwer sei, den Weg zu bestimmen, der dort anfinde, wo Arbeit im herkömmlichen Sinne aufgehört habe. Dahrendorf hat zwei mögliche Wege — mit Zweifel und Hoffnung — genannt: Der eine bestehe darin, Arbeit zunehmend durch «Tätigkeit» durchdringen zu lassen, das heisst, ihr den Charakter von Autonomie zurückzugeben oder überhaupt erst zu geben. Menschliche Arbeit nämlich sei bisher gekennzeichnet gewesen von Notwendigkeit und entzog sich damit der Autonomie, der Freiheit. Der zweite Weg sei schon sichtbar in der Schwarzarbeit, der Schattenwirtschaft, an der deutlich werde, dass der Mensch etwas Sinnvolles zu tun haben wolle. Dennoch, so warnt Dahrendorf, werde von den Herren der Arbeitsgesellschaft alles getan, um die Arbeit wieder zurückzuholen und den Weg in die Gesellschaft der Tätigkeit und damit «ins Reich der Freiheit» zu verbauen.

Wie ansatzweise das Ende der Arbeitsgesellschaft für die Entwicklung einer neuen Form von Arbeit als Tätigkeit genutzt werden könnte und welche Versuche es dazu schon gibt, das versucht das Buch «Zukunft der Arbeit»* darzustellen. In 11 Einzelbeiträgen, die auf eine Tagung «Alternativ leben» an der Universität Paderborn zurückgehen, versuchen die Autoren, die Frage zu beantworten, ob denn die Arbeitsgesellschaft wirklich — und wenn, dann wie — zu Ende geht und wo ihre

Alternativen liegen. Dabei wird aber deutlich, dass auch in diesem Feld die Geister sich scheiden: Die einen formulieren vorichtig die Tendenz zur Dualwirtschaft, zur Schattenwirtschaft und zur Ausweitung des «informellen Sektors» (Heinze/Olk, Vonderach, Berger); die anderen sind skeptisch (Klönne) oder malen ein zukünftiges «Reich der Freiheit» in leicht utopischen Farben (Otten).

In ihrem Vorwort vertreten die Herausgeber die These, dass es nicht nur eine eher äusserliche Krise kapitalistischer Arbeitsgesellschaften gibt, sondern dass es ebenso eine Krise des Subjekts, eine Sinnkrise gebe, die nicht nur vorübergehender Natur sei. Vorwärtstreibendes Element dieser Krise sei der Prozess der immer kleiner werdenden Phasen von Arbeit im gesamten Lebenszyklus. Das führe zu einer Verunsicherung der traditionellen Arbeitsethik, der aber bisher nichts Neues, also keine neuen Werte, entgegengesetzt würde. Es zeige sich somit die Notwendigkeit, die Arbeit selbst als Kern dieses Krisenprozesses umzuorganisieren. Die bisherigen Formen von «Alternativökonomie» aber seien weiterhin völlig abhängig von der alten kapitalistischen Ökonomie und höchstens zu «symbiotischen Formen von Beschäftigung in Grauzonen» in der Lage.

Begründete Spekulationen

Trotzdem versammelt dieser Band eine Reihe von Beiträgen, die gerade an diesen prakti-

schen Versuchen theoretisch anzusetzen versuchen. Ausgehend von der Annahme, dass in den Industriegesellschaften als Reaktion auf das Zusammenwirken verschiedener Krisenphänomene unkonventionelle «politische Aktions- und Organisationsformen» entstanden sind, versuchen Heinze/Olk, diese als eine Ausweitung informeller Tätigkeit zu deuten, denen die Eigenschaft zukommt, Selbstbestimmung und Autonomie des einzelnen in einem ganz anderen Masse zu garantieren, als das der sogenannte «formelle Sektor» kann. Auf der Basis einer Analyse der wichtigsten Krisensektoren (Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat) weisen die Autoren die Bedingungen für eine Ausweitung des «informellen Sektors» und damit alternativer gesellschaftlicher Perspektiven aus. Traditionelle Antworten, so ihre These, seien nicht mehr in der Lage, den herrschenden Verhältnissen gerecht zu werden. Zur Zukunft des «informellen Sektors» fügen sie dann «einige begründete Spekulationen» bei, die sich vor allem dadurch auszeichnen, dass sie keine Illusionen über die politischen Machtbedingungen verbreiten. So sehen die Autoren vor allem die Gefahr der «repressiven Spaltung» von Arbeitenden und Arbeitslosen, also das autoritäre politische Lösungsmuster. Neben dieser «negativen Utopie» gebe es aber auch die Möglichkeit des «technokratischen Ektatismus», der Verfolgung des keynesianischen Modells von Wirtschaftspolitik und damit einhergehend eine nur mehr selektive Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates. Für diese Problemlösung sehen die Autoren dann das Entstehen sozusagen von zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Kulturen und sozialen Milieus voraus, da informelle Wirtschaftsaktivitäten und Alternativökonomie sich

selbst und einer relativen Autonomie überlassen bleiben könnten. Allerdings bestände dann die Gefahr eines unüberbrückbaren gesellschaftlichen Spaltungsprozesses — quer zur bisherigen Klassenteilung kapitalistischer Gesellschaften — und damit einer unkontrollierten Negativentwicklung, die die Autoren als staatlich abgesicherten «Sozialdarwinismus» bezeichnen.

Beide Entwicklungsmöglichkeiten würden aber die kapitalistische Ökonomie auf Kosten des «informellen Sektors» stabilisieren. Dieser «Kolonisierung» könne man aber durch eine «Strategie der komplementären Vernetzung» entgehen. Das bedeute, formelle und informelle Bereiche der Wirtschaft zusammenzuschliessen, um sie beide «in Gang zu halten». Dabei wird der «informelle Sektor» besonders dort für produktiv angesehen, wo eine flexible, bedürfnisnahe und nicht standardisierbare Versorgung vonnöten sei. Am bedeutsamsten sei hier der Bereich der sozialen Dienstleistungen. Die Zukunft der Arbeit läge also in einem Zusammenschliessen beider Bereiche. Daraus wiederum entstünden neue soziale Verkehrsformen, aber auch individuelle Kompetenzen. Mit diesen Vorstellungen kritisieren Heinze/Olk besonders diejenigen, die eine grundsätzliche Befreiung von industrieller Arbeit als eine Art ökologischen Sozialismus (wie R. Bahro zum Beispiel auf einem Parteitag der «Grünen» in Hagen forderte) für vorstellbar halten.

Träger einer Strategie, wie die Autoren sie für wünschenswert halten, sollen vor allem «soziale Bewegungen» sein. Damit ist eine deutliche Kritik auch an Gewerkschaften und traditionellen Parteien verbunden, denen die Autoren die Fähigkeit, in diesem Sinne innovativ zu sein, wohl immanent absprechen.

Diesem fast programmatischen Beitrag am Anfang des Buches folgt ein Beitrag von Gerd Vonderach, in dem dieser die Frage aufwirft, inwieweit die schon vorhandenen Eigeninitiativen den Beginn einer «kulturellen Mutation» darstellen. Vonderach kommt zu dem Schluss, dass die Eigeninitiativen einen gewichtigen Stellenwert für das menschliche Ueberleben haben, dass die in ihnen begonnenen Lern- und Lebensprozesse nicht hoch genug bewertet werden können und sie damit eine Richtung zu «nachmodernen» Lebensverhältnissen aufzeigen, die durch Dualwirtschaft, gebändigte Grosswirtschaft und einen dezentralen Sektor selbstbestimmter Arbeit und Versorgung gekennzeichnet sind.

Arno Klönne konstatiert in einer Zwischenbemerkung, dass die traditionelle Linke und die Arbeiterbewegung — in allen Beiträgen so etwas wie die Träger einer verlorenen Hoffnung — sich nicht als fähig erwiesen haben, den neuen Problemen zu begegnen. Er belegt dies am Beispiel der Löwenthalschen Thesen gegen die Alternativbewegung und eines entsprechenden Papiers der SPD-Grundwertekommission. Aber er versucht auch klar zu machen, woher das Misstrauen zum Beispiel der Gewerkschaftsbewegung gegen die Alternativen stammt und dass dieses nicht per se unberechtigt ist, gibt es doch gerade in ihren Reihen grosse Teile, die vorindustrielle und handwerkliche Formen der Produktion zurücksehnen und für ein Modell für die Zukunft halten. Interessant scheint der Hinweis von Klönne, dass es ja schliesslich die Arbeiterbewegung gewesen sei, die einmal ein «alternatives Leben» für alle gewollt habe, in der aber eine Orientierung als «Interessenorganisation des grossindustriell gebundenen Teils der Arbeitnehmerschaft» Vorrang erhal-

ten habe. So sei die Politik der Gewerkschaften und auch der SPD zu verstehen. *Antikapitalistische Sehnsucht allein helfe aber nicht weiter.* Eine solche Sehnsucht habe schon einmal in der deutschen Geschichte zur Katastrophe geführt, weil diese vereinnahmbar war durch «kapitalkonforme Machteliten». Klönnes Appell in seinem Beitrag geht dahin, einen Dialog zwischen Arbeiter- und Alternativbewegung in Gang zu setzen, der sich an «irdischen Dingen» orientiert und nicht so sehr an allgemeinen Wertediskussionen.

Rückgriff auf Karl Marx?

Auch Bernd Guggenberger geht von einer «bis ins Mark hinein» von Arbeit geprägten Gesellschaft aus, deren «Eindimensionalität» gerade darin bestehe, dass jede Selbst- und Weltdeutung durch Arbeit vollständig geprägt sei. Dies sei aber nicht immer so gewesen, erst die Neuzeit habe den Sieg der Arbeit, ihre zentrale Stellung für die Gesellschaft gebracht, indem durch die Arbeit der Mensch begann, sich zu definieren. Puritanische Ethik und in säkularisierter Form die Ideologien der Arbeiterbewegung seien ihre Ausgangspunkte gewesen. Die Befreiung von der Arbeit durch die Arbeit, wie Marx es gesehen habe, sei eine Chimäre. Mehr denn je stehen sich Arbeit und Nichtarbeit (Freizeit) als unvereinbare Grössen gegenüber.

Ansätze für Veränderungen sieht Vonderach aber in der Dienstleistungsarbeit. Ihr spricht er einen «humaneren Charakter» zu, in ihr sieht er emanzipatorische Möglichkeiten, wenn in ihr eine Abkehr von zunehmend verfeinerter Arbeitsteilung vorbereitet und

die starre Grenze zwischen Produzent und Konsument aufgebrochen wird.

Kritisch zu einer «Neubewertung der Eigenarbeit» äussern sich Bischoff/Menard, die in traditionell marxistischer Weise die «Produktionsverhältnisse insgesamt» berufen und auch für den Zeitpunkt der Aufhebung der Lohnarbeitsverhältnisse das Primat der Arbeit als die «schaffende Substanz des Reichtums» behaupten: Hier schlägt eine orthodoxe ökonomistische Sicht aller Lebensverhältnisse durch, und — so die abschliessende Frage an die Ökosozialisten — wie sollten Freiräume jenseits kapitalistischer Produktion mit Forderungen nach Eigenarbeit und Produktion in kleinen Einheiten verteidigt werden, wenn nicht das gesamte Leben kapitalistischer Logik entzogen würde!

Ergänzend zu Heinze/Olk kann der Beitrag von Johannes Berger angesehen werden, der versucht, «alternative Pfade» für die Zukunft der Dualwirtschaft zu entwickeln und die verschiedenen Voraussetzungen zu klären. Auch wenn der Autor keine Prognose im strikten Sinne machen will, sieht er doch den autonomen Sektor als Teil einer Krisenlösungsentwicklung des industrie-kapitalistischen Systems an, indem vor allem durch Rückzug der Primärökonomie entstandene Defizite beseitigt und autonome Bedürfnisse befriedigt werden können.

Revolution durch Computer?

Weitere Beiträge befassen sich mit der Geschichte der Alternativökonomie (Klaus Novy), mit Fragen der spezifischen kapitalistischen Zeitökonomie und den Möglichkeiten ihrer Aufhe-

bung, also der Gewinnung von Zeit nicht nur im quantitativen, sondern vor allem im qualitativen Sinn (Jürgen Rinderspacher) und der These von der dritten industriellen Revolution (Dieter Otten). Diese «Revolution» der Computer und Datenspeicheranlagen werde das Sozialgefüge unserer Industriegesellschaften sprengen, die Produktivkraftentwicklung selbst also werde den «revolutionären Angriff» auf die bisherigen Formen gerade auch der Arbeit und ihrer Organisation führen. Um dieser Entwicklung Herr zu werden, bedürfe es der Entwicklung «vertikal-integrativer Arbeitsteilung», das heisst hier des «genossenschaftlichen Typs» der Arbeit, der sich sozusagen naturwüchsig für die kommenden Probleme anbietet.

Ferenc Jánossy dagegen entwirft das Bild einer durch stetige Arbeitsreduzierung geprägten Welt, in der das «Reich der Notwendigkeit» zwar immer kleiner, aber dennoch nicht ganz verschwinden kann: Allerdings wird das grösser werdende Gewicht der freien Zeit auch die gesellschaftliche Bedeutung dieses Aspektes vergrössern, wird sozusagen den Stellenwert der Produktion endlich von dessen Primat verdrängen.

Den Abschluss des Bandes bildet ein «brisantes Thema»: die Faulheit. Dieser fast witzige Essay von Otthein Rammstedt versucht — sozusagen als besonderer Denkanstoss zum Schluss — der Frage nahezu kommen, warum eigentlich in allen, auch zukünftigen und utopischen Gesellschaften die Arbeitsfixierung so total sei und der Faulheit «nirgends eine Chance eingeräumt» werde, stattdessen die Menschheit in Taten und Gedanken geradezu einem «Tätigkeitswahn» verfallen sei. Eine Antwort weiss er auch nicht.

Als Fazit für dieses Buch aber lässt sich sagen, dass hier neben dem Schwerpunkt, die Bedeutung eines informellen oder autonomen Sektors für die Entwicklung industrieller Gesell-

schaften auszuloten, etliche weiterführende Gedanken formuliert werden, die der Diskussion um grundsätzliche und unkonventionelle (revolutionäre- evolutionäre) Lösungen der

sich häufenden Probleme der Arbeitsgesellschaften weiterhelfen könnten.

* Benseler/Heinze/Klönne (Hg.): «Zukunft der Arbeit», VSA-Verlag, Hamburg 1982, 206 Seiten.

Auch in Österreich: Sozialdemokratie und neue soziale Bewegungen

Partner und nicht Gegner!

Von Peter Pelinka, Redaktor an der «Arbeiter-Zeitung» in Wien

Nachfolgender Text ist der Vorabdruck eines von Peter Pelinka gemeinsam mit Renate Marschalek im Verlag «Jugend und Volk» herausgegebenen Sammelbandes mit dem Titel «Rot-Grüner Anstoss». In 21 Beiträgen wird das Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen Sozialdemokratie und neuen sozialen Bewegungen und zwischen Umweltschutz- und Wirtschaftspolitik behandelt. Ein Thema, das zweifellos noch lange auf den «linken» Traktandenlisten zu finden sein wird. Unter den Autoren finden sich Günther Nennung, Erhard Eppler, Herbert Moritz, Alfred Stingl u.a.m. Nach dem Einzug der Grünen in den deutschen Bundestag und den Verlusten der SPD bei der Bundestagswahl vom vergangenen Monat ist das hier angeschnittene Thema von besonderer Bedeutung. Innerhalb der österreichischen SP hat der Beitrag Pelinkas geharnischte Reaktionen zur Folge gehabt. (Die Red.)

Szene Nummer eins: Graz, Mai 1981, Parteitag der SPÖ. Vor dem Messgelände stehen einige junge Leute mit Transparenten. Gegen die österreichische Rüstungsproduktion, gegen Panzerexporte in lateinamerikanische Diktaturen. Die Autos der Parteitagsdelegierten — meist grosse, schwarze Limousinen — fahren eilig daran vorbei. In einem davon der Autor dieses Beitrags, von einem führenden SPÖ-Politiker vom Hotel her mitgenommen. Gerade weil dieser Mann einer ist, der am ehesten, von seiner Vergangenheit und seiner heutigen inhaltlichen Position her, Verständnis für die Anliegen der Demonstranten hat, wird die tiefe Kluft fühlbar, die zwischen denen «draussen» und uns im Auto besteht. Eine Kluft, die weder vom etwas verkrampft nach aussen winkenden Politiker ver-

kleinert wird, noch vom eilig sich dazustellenden Günther Nennung, der ja in genau dieser Rolle von der Hierarchie erwartet wird. Eine Kluft, die am Nachmittag noch grösser wird, als mit Mühe verhindert werden kann, dass sich SPÖ-Ordner auf «störende Elemente» stürzen, die bei einer Kundgebung am Hauptplatz Tafeln in die Höhe halten, auf denen Forderungen stehen, die direkt dem Parteiprogramm der SPÖ entstammen könnten. Eine Kluft, die zwar verkleinert, aber nicht beseitigt wird durch den Hauptredner Bruno Kreisky («Lasst's doch die Jungen!») und auch nicht durch einen brillanten Günther Nennung tags darauf mit seiner Parteitagsrede («In 35 Jahren Demokratie hat sich noch nicht herumgesprochen, dass diese Jugendlichen nichts weiter taten als ein Grundrecht

auf Meinungsfreiheit auszuüben, das seit kaiserlichen Zeiten in unserer Verfassung steht»).

Szene Nummer zwei: Dienstag, 23. Juni 1981, Wien-Simmering. Vor dem Steyr-Werk prügeln Menschen aufeinander ein. Genauer gesagt: Arbeiter aus dem Werk versuchen derart handgreiflich Demonstranten — keineswegs nur junge — zu vertreiben, die das Ausfahren von 30 Kürassier-Panzern durch Blockade verhindern wollen. Panzer, die nach Argentinien geliefert werden sollen, wo eines der widerlichsten und blutbeflecktesten Militäregime der Welt nach wie vor Hunderte Oppositionelle zum «Verschwinden» bringt. Die Kluft ist hier noch klarer — nicht nur, weil es die Konflikte auch «handgreiflich» gibt. Grossteils sind die Steyr-Arbeiter SPÖ-Mitglieder oder zumindest -Wähler — ebenso ein Gutteil ihrer Widersacher. Und während schliesslich die 30 Panzer unter Bravorufen das Werk in Richtung Argentinien verlassen, während die Demonstranten ihre Wut und Trauer darüber ohnmächtig von sich schreien, wird wieder einmal klar: Die Kluft zwischen Sozialdemokratie und neuen sozialen Bewegungen, zwischen Funktionären und parteiunabhängiger Frauen-, Friedens- und